

Mitmachen – um etwas zu verändern!

Nicht nur anlässlich des nationalen Antikriegstages finden in Dortmund nationale und sozialistische Aktivitäten statt. Um die offenkundigen Missstände – beispielsweise der immer weiter ausufernden Masseneinwanderung, dem sozialen Abstieg ganzer Stadtteile oder der um sich greifenden Perspektivlosigkeit – zu begegnen, werden zahlreiche Aktionen durchgeführt, auch auf lokaler Ebene: Die nationale Bewegung greift Tabuthemen auf, die von Medien und Politik verschwiegen werden sollen und wird oftmals zur Stimme der schweigenden Mehrheit. Während sich die Demokraten in den Parlamenten nur

um die eigenen Gehälter sorgen, werden nationale Sozialisten aktiv, wie zum Beispiel bei der Kampagne gegen die Asylheime in Lütgendortmund und Hacheney, die entgegen dem Willen der dortigen Bevölkerung errichtet wurden. Auch soziale Einschnitte, wie Masseneinsparungen im Zuge des gigantischen Haushaltsloches, welches von den Sozialdemokraten zu verantworten ist, bleiben nicht ohne Proteste.

Wenn auch Sie die Probleme der Zeit erkannt haben, nehmen Sie Kontakt zur nationalen Bewegung auf. Nur durch gemeinsamen Widerstand ist es möglich, den korrupten Politikern und ihren Handlangern etwas entgegenzusetzen.

Kontaktmöglichkeiten:

Internet: www.antikriegstag.org
www.infoportal-dortmund.net

E-Mail: kontakt@infoportal-dortmund.net

Telefon: 0162 / 81 10 22

V.i.S.d.P.: Dennis Giensch, Thusneldastraße 3, 44149 Dortmund

Zahlreiche Demonstrationen am ersten Septemberwochenende:

Dortmund im Ausnahmezustand!



900 Teilnehmer hatten sich zur siebten nationalen Antikriegstagsdemonstration am 3. September eingefunden, welche durch die westliche Nordstadt führte. Bereits am Freitagabend wurde eine Vorabendveranstaltung mit Live-Musik durchgeführt, dazu gab es in den beiden Vorwochen eine großflächige Kampagne, mit welcher für den Antikriegstag geworben wurde. Während die nationale Bewegung friedlich demonstrierte, lieferten sich gewaltbereite Gegendemonstranten den gesamten Samstag über Auseinandersetzungen mit der Polizei. Trotz allen Versuchen von links, den genehmigten Aufzug zu verhindern, konnte die Veranstaltung planmäßig durchgeführt werden. Bei den knapp 300 Festgenommenen Linken befanden sich auch Mitglieder der SPD-Jugendorganisation „Jusos“, gegen die nun ebenfalls wegen Beteiligung an den Angriffen auf Polizeibeamte ermittelt wird.